

28.9.80

Hochwasserrückhaltebecken nach wie vor heiß umstritten:

# Den Graben wieder ein Stück aufgerissen?

Bürgerversammlung brachte meist nur bekannte Themen auf den Diskussionstisch

Bad Bocklet. Pünktlich um 20 Uhr eröffnete Bürgermeister Helmut Schuck am Donnerstag im Pfarrsaal die von der ARES (Aktionsgemeinschaft zur Rettung und Erhaltung des Saaletales) beantragte Bürgerversammlung. Den zahlreichen Besuchern erklärte er freimütig, er selbst habe diese Bürgerversammlung nicht gewollt. Da das Raumordnungsverfahren nicht abgeschlossen sei, wären definitive Aussagen im Grunde noch gar nicht möglich. Das Verlangen der ARES sei legitim, er hoffe, die Interessengemeinschaft und der Marktgemeinderat würden versuchen, gemeinsam das Beste anzustreben, auch wenn Ton und Art einiger Flugblätter und „Aufklärungsschriften“ der ARES ihm und vielen anderen nicht gefielen.

Bezeichnend für die Stimmung in Saale war folgender Vorfall, als ein Gemeinderatsmitglied von einem auswärtigen Gast nach der parteipolitischen Zusammensetzung des Gemeinderates gefragt wurde und dieser in gereiztem Tonfall antwortete: „Das spielt hier überhaupt keine Rolle, fragen Sie doch nicht danach!“ Tatsächlich mußte man im Laufe der zweistündigen Bürgerversammlung den Eindruck gewinnen, daß der gegenwärtige Bundestagswahlkampf eine lahme Sache ist im Vergleich zu dem, was im Saaletal bei Bad Bocklet im Gange ist: Quer durch alle Gruppen der Bevölkerung, so hat's den Anschein, hat sich der tiefe Riß verbreitert! Allseits versichert man mit den Gegnern fair zusammenarbeiten zu wollen, doch scheint diese gute Absicht weithin nur ein Lippenbekenntnis zu sein. Viele heissen die Widersacher des Projektes „borniert“ und „rückständig“, diese hingegen die Befürworter „verantwortungslos“ — recht handfeste Vokabeln. Im Frühsommer waren die Sprecher der ARES und ihre Helfer von außerhalb im Verlaufe eines Podiumsgesprächs in Steinach auf die Mehrheit des Marktgemeinderates losgegangen, fühlten sich die Veranstalter, nämlich die Räte der Gemeinde mit samt den Bürgermeistern offensichtlich am längeren Hebel.

## Konkrete Antworten

Zwanzig Minuten lang trug Bürgermeister Schuck zunächst seine Stellungnahme zu den Tagesordnungspunkten vor, welche die ARES beantragt hatte. In dem folgenden Bericht über seine Ausführungen sowie über die Äußerungen von Diskussionsrednern werden die wichtigsten Passagen in gekürzter Form wiedergegeben.

**TOP 1:** Wie stellt sich die Gemeinde die Finanzierung ihres Anteils an den Naherholungseinrichtungen und deren Folgekosten vor? Gibt es hierzu Finanzierungspläne und aus welchen Kassen sollen die Eigenmittel der Gemeinde bestritten werden?

Bürgermeister Schuck: Von Finanzierungsfragen kann man erst sprechen, wenn die Planung abgeschlossen ist; das ist bei allen Großprojekten so üblich.

ANZEIGE

Es muß nicht teuer sein einen guten Geschmack zu haben

**musterring**

zeitlos schön, hochwertig und günstig im Preis

**möbel**

**Angermüller**

Bad Kissinger, Erdstraße 16

**TOP 2:** Wie stellt sich die Gemeinde eine Unterstützung der Bürger angesichts der Tatsache vor, daß zur Planfeststellung jeder Grundstücksbesitzer alleine gefragt wird?

Bürgermeister Schuck: Auch diese Frage ist zu früh gestellt. Im übrigen sind die Interessenlagen der Bürger sehr verschieden. Jeder wird daher seine Interessen selbst vertreten müssen.

**TOP 3:** Welche Entschädigungsmodelle sind vorgesehen und wer trägt die Beweislast bei Grundwasserveränderungen, Katastrophenfällen, Stromausfall der Pumpen, Rückgang der Kur während der Bauzeit und durch den Rummel, den die Naherholer mit sich bringen?

Bürgermeister Schuck: Es ist müßig, über Entschädigungen zu reden, solange nicht feststeht, ob überhaupt gebaut wird.

**TOP 4:** Die in Wunschform niedergeschriebenen Forderungen der Gemeinde sollten auch als solche formuliert werden, hinter denen dann der Gemeinderat ohne Kompromiß steht.

Bürgermeister Schuck: Der Gemeinderat hat bewußt seine Forderungen nicht in knallharter Form erhoben. Die Abstimmungsmehrheit hat dabei der Minderheit bereits Zugeständnisse gemacht. Im übrigen funktioniert in einer Demokratie nichts und nirgendwo etwas ohne Kompromisse.

**TOP 5:** Der Straßename „Seeblick“ im Ortsteil Hohn soll wieder geändert werden.

Bürgermeister Schuck: (fragte die Versammlung, ob dieser Punkt auf die Tagesordnung kommen solle, was die Anwesenden bejahten!) Der Gemeinderat hat diesen Straßennamen einstimmig beschlossen. Die von der ARES beantragte Änderung wurde ebenfalls einstimmig abgelehnt. Selbst wenn der Stausee nicht kommt, wird dieser Name vielleicht einmal historische Bedeutung bekommen, indem er an die Verhältnisse der Vergangenheit erinnert. Einigen ist dieser Name heute ein Dorn im Auge; Nachteile hat aber davon niemand.

Dazu ein Gemeinderat aus Hohn: Nach der Gemeindeform brauchte die Straße einen neuen Namen. Dieser wurde beschlossen, bevor die ARES gegründet wurde. Die Bürger aus Hohn möchten an dem Namen festhalten; Spaßvögel meinen, man könne ihn immer noch in „Dammblick“ umändern. Im Zuge der gesamten Diskussion müßte mehr miteinander geredet werden. Der Gemeinderat habe entschieden, zum Stausee zu sagen: „Ja, aber

so nicht!“ Das sei gültig, und dazu müßte man stehen.

**TOP 6:** Geht es im zweiten Raumordnungsverfahren nur um Änderungen oder war zum gesamten Projekt Stellung zu nehmen?

Bürgermeister Schuck: Die Regierung hat mitgeteilt, im zweiten Verfahren handle es sich lediglich um den Ausbau der Saale in der Stadt Bad Kissingen und um Änderungen in der Planung des Rückhaltebeckens.

Dazu ein ARES-Vertreter: Die Stadt Bad Kissingen habe geschickter und vorausschauender als Bad Bocklet reagiert, Bocklet sei da im Rückstand.

**TOP 7:** Das Stausee-Projekt soll in künftigen Gemeinderatsitzungen immer öffentlich behandelt werden.

Bürgermeister Schuck (spricht erst auf Verlangen der Anwesenden über diesen Punkt!): Wann ist die Sache denn bisher nicht öffentlich behandelt worden? Dies sei immer geschehen, mit einer Ausnahme allerdings! In einem Gasthaus hatte ein Bürger geäußert: „Wenn es so weit kommt, erschieße ich gleich ein paar, wegen einem setze ich mich

nicht ins Zuchthaus!“ Im übrigen, so der Bürgermeister, verstehe er die ganze Aufregung nicht mehr, nachdem ihm sowohl die Vertreter des Wasserwirtschaftsamtes wie auch der Regierung erklärt haben, aus der wachsenden Stellungnahme der Stadt Bad Kissingen und dem Forderungskatalog der Marktgemeinde Bad Bocklet gehe hervor, daß die Bevölkerung den See nicht wolle. Dann werde er halt nicht gebaut. Das angeforderte balneologische Gutachten sei erstellt, es werde demnächst ausgewertet. Im übrigen sei es ihm lieber, die Vertreter der ARES würden gelegentlich im Rathaus bei ihm anrufen, anstatt seitenlange Briefe in scharfem Ton zu schreiben. Der Bürgermeister weiter: Die ARES verteilte Flugblätter mit unbewiesenen Behauptungen, wonach die Gemeinde bisher immer kostendeckend gearbeitet und die Bürger zur Kasse gebeten habe. Das sei völlig falsch! Denn wenn es wahr wäre, hätte die Gemeinde wohl kaum sechs Millionen Mark Schulden!

Die Finanzierung der Naherholungseinrichtungen werde von einem noch zu gründenden Zweckverband vorgenommen. Bereits jetzt hilft der Staat solchen Gemeinden, die Naherholungseinrichtungen zugunsten von außerhalb der Gemeinde Wohnenden unterhalten und dabei Verluste haben. Die ARES sei, so Schuck mit Nachdruck, bestrebt, alles ins Negative zu ziehen. „Weder mir noch dem Gemeinderat darf man Verantwortungsbewußtsein absprechen. Wir hatten alle schon schlaflose Nächte wegen der Sache“, sagte er wörtlich.

## Rechnungen mit gigantischen Zahlen

Die ARES-Vertreter forderten mehrfach, man müsse an die Finanzierung denken, bevor man ernsthaft plane. Der Bürgermeister wies dies zurück, weil es dem üblichen Verfahren widerspräche. Im späteren Planfeststellungsverfahren könne man immer noch dagegen sein. Bürger befürchteten allerdings, daß dann in der Regel nur noch Detail-Änderungen möglich seien, wie die Erfahrung gezeigt habe. Im Prinzip sei dann nichts mehr zu ändern. Luftschlösser zu entwerfen, sei deshalb nicht ungefährlich.

Ein anderer Diskussionsteilnehmer machte eine Rechnung auf, indem er sagte: Wenn die Naherholungseinrichtungen ebensoviel kosteten wie der Stausee, den der Staat bezahle, dann blieben von den notwendigen 100 Millionen DM, die der Staat mit 80 Prozent bezuschußt, immer noch 20 Millionen DM übrig. Angenommen, die Gemeinde Bad Bocklet würde im Zweckverband 50 Prozent Anteile übernehmen, dann müßte sie demnach 10 Millionen aufbringen. Selbst die Hälfte davon sei noch zuviel angesichts des 6-Millionen-Defizits in der Gemeindegasse. Ob wirklich die in Aussicht gestellten Strukturverbesserungen mit neuen Arbeitsplätzen einen solchen Betrag rechtfertigen würden, stehe in den Sternen.

Ein Gemeinderatsmitglied verwies auf die Tatsache, daß viele Bürger teure Einrichtungen, Hallenbad, Tennisplätze, Parkplätze, Umgebungsstraßen, Freischwimmbad etc. forderten, für die kein Geld vorhanden sei. Im Zuge des Projektes seien solche Dinge weit billiger, nämlich mit 80 Prozent Staatszuschuß zu bekommen. In Bad Bocklet sei doch sowieso nichts los, man solle sich daher freuen über die guten Aussichten. Hierzu wurde festgestellt, Bad Bocklet brauche sich nicht zu schämen, es gebe ein blühendes Vereinsleben und nicht zuletzt die Kur.

## Keinen Keil zwischen die Menschen

Ein anderes Gemeinderatsmitglied berichtete

von einem Gespräch mit mitgekommenen Leuten in Würzburg, die der Meinung seien, daß der Stausee zu 70 Prozent nicht gebaut werde. Eine „Selbsterfleischung“, wie man sie derzeit betreibe, sei deshalb völliger Unsinn. Man müsse endlich wieder lernen, sachlich miteinander zu diskutieren. Allerdings, so hieß es von anderer Seite, müsse der Gemeinderat auch das Anliegen der ARES ernst nehmen und dürfe ihr den guten Willen nicht absprechen. Sorgen, welche die Bürger hätten, müsse man ihnen „abnehmen“ und nicht überschärf darauf reagieren. Durch die voreilige Be-

nennung einer Straße in „Seeblick“ — Jahre, bevor es einen See überhaupt gebe und man nicht wisse, ob er überhaupt komme — müßten sich die Gegner des Projektes zweifellos provoziert fühlen.

## Hartes Finale

Eine scharfe Kontroverse entspann sich noch einmal am Schluß der Bürgerversammlung. Die ARES beanstandete, daß die Masten, auf denen die künftige Höhe des Damms markiert sei, durch das Landratsamt entfernt werden sollten. Die Bürgerversammlung solle dem Gemeinderat empfehlen, dies zu verhindern. Die ARES verlangte, die Anwesenden zu befragen. Der Bürgermeister vertrat zunächst die Ansicht, die Bürgerversammlung sei nicht repräsentativ für den Willen der Bevölkerung und habe deshalb kein Recht, darüber abzustimmen, was von der ARES bestritten wurde. In der Gemeindeordnung sei weder über die Repräsentation noch über die Frage von Abstimmungen etwas gesagt. Die Bürgerversammlung könne dem Gemeinderat sehr wohl Empfehlungen geben. Bürgermeister Schuck ließ sich von diesen Ausführungen überzeugen. Die Mehrheit erklärte sich für die Forderungen der ARES, Gegenstimmen waren nicht feststellbar.

Der Bürgermeister versprach zum Schluß, die Empfehlung dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorzutragen und eine weitere Bürgerversammlung nach dem Abschluß des Raumordnungsverfahrens einzuberufen.